



Beck für Schächten, Beschneidung und Kopftuch



Würde man eine Liste erstellen wollen, bestehend aus allen negativen Faktoren die Deutschland und dort insbesondere der indigenen Bevölkerung den größtmöglichen Schaden zufügen würde, so könnte man sich die Arbeit sparen und einfach das aktuelle Parteiprogramm der Grünen kopieren. Das erklärt möglicherweise auch die Beweggründe eines Volker Beck (Grüne, Foto), sich hinzustellen und Dinge von der Bundesregierung zu fordern, die einen nicht unbeträchtlichen Schaden am friedlichen Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen anrichten könnten. Alle integrationshemmenden Faktoren, von denen wir glaubten sie überwunden zu haben, stellt Volker Beck erneut zur Disposition. Beschneidung von Kindern, das korankonforme, grausame Schächten von Tieren nach eigenem Ermessen, sowie die „Kopftuchfreiheit“ allenthalben.

(Von cantalooop)

Aktuell [im Focus](#) nachzulesen:

In der Flüchtlingsdebatte fordert der religionspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, mehr Respekt gegenüber Minderheitsreligionen. Die Integration vieler Flüchtlinge hänge auch davon ab, ob man in Deutschland bereit sei, deren religiöse Bedürfnisse und Vorschriften zu akzeptieren, sagte Beck im TV-Sender Phoenix.

Als Beispiele nannte er religiöse Kopfbedeckungen, das religiös begründete Schächten von Tieren sowie die Beschneidung von Jungen (...)

So steht dieser Grünen-Politiker, der auch dafür bekannt ist, alles und jeden regelmäßig mit Strafanzeigen zu „überziehen“, für eine Partei, die explizit dem Tierschutz einst einen sehr hohen Teil ihrer Aufmerksamkeit widmete. Aktuell fordert er, man müsse in vorauseilendem Gehorsam par excellence einer Minderheit von religiösen Fanatikern die Rechte einräumen, ein Tier durch steinzeitliches Schächten buchstäblich zu Tode zu quälen. Wer das nicht glauben mag, dem sei ein Studium der entsprechenden Berichte auf „youtube“ – Stichwort „Schächten“ empfohlen. Doch Vorsicht! Das könnte ihrer Magenstabilität unter Umständen abträglich sein. Wer einmal die Schreie der geschundenen Kreaturen in arabischen Hinterhof-Metzgereien gehört hat, der wird dies nie wieder in seinem Leben vergessen.

Offenbar weiß der „gute“ Herr Beck nicht mehr so genau, wen er denn da mit seinen Forderungen stärkt. Es ist nämlich genau jener fundamentale Islam, der uns seit geraumer Zeit das Leben schwermacht. Was in fundamentalen Islam-Ländern wie Saudi-Arabien oder Iran/Irak mit Menschen der gleichen sexuellen Präferenz wie Herrn Beck gemacht wird, weiß er offensichtlich auch nicht. Oder, er will es nicht wissen. Innerhalb elitärer Machtzirkel der Grünen, wird dies auch eher eine untergeordnete Rolle spielen. Alle „wichtigen“ Menschen in

diesem Spektrum genießen zweifellos vollumfänglichen Personenschutz. Und das ist sicher „auch gut so“.

Grausame, eiskalte und zynische Machtpolitiker sitzen für die ehemals so „lieben“ Grünen in den Parlamenten – bar jeder Einsicht – und nur auf eines erpicht: Wählerstimmen von Randgruppen zu generieren, ohne die ihre Partei, die offenbar all ihre ursprünglichen Ziele verraten hat, vermutlich keine großen Chancen mehr hätte. Kein Gewissen und schon gar keine Moral mehr. Widerliche Heuchler, die ihr eigenes Minderheiten-Klientel von homosexuellen Menschen zugunsten zugewanderter Moslems ohne mit der Wimper zu zucken jederzeit eiskalt über die Klinge springen lassen würden.

Diese Meldung des nach „propädo-philen“ Äußerungen mittlerweile etwas umstrittenen Volker Beck aus dem grünen Führungszirkel ist wohl eine der abscheulichsten und widerwärtigsten in diesem Jahr. Sicher kennt der geneigte Leser das Zitat des geschätzten Max Liebermann anlässlich der Machtergreifung '33. Ich erspare es mir an dieser Stelle...

Deutschland braucht einen Kampf gegen Grün

In ihrer [gestrigen Sendung](#) (huch, Doppelsinn) wies die Moderatorin Anne Will den Historiker Jörg Baberowski darauf hin bzw. zurecht, dass er als weißer Mann und Professor ja unmöglich ähnliche Diskriminierungserfahrungen haben können oder müssen wie die ebenfalls in der Runde anwesende kopftuchtragende Bloggerin Kübra Gümüşay. Wenn sie sich da mal nicht irrt! Baberowski, Osteuropa-Experte, Autor von Büchern über Stalin und den Roten Terror, Kritiker der Merkelschen

Politik der offenen Grenzen, ist an der Berliner Humboldt-Uni einer üblen Gesinnungshatz seitens des dort frei schaltenden und waltenden linken Asta- und Seminarpöbels ausgesetzt, analog zur Causa Herfried Münkler, nur noch extremer; es kleben schon mal Poster mit seinem Konterfei und der Aufschrift „Faschist!“ in den Fluren, derweil sich die Universitätsführung in bewährt treudeutscher Weise keineswegs hinter den Kollegen und Mitarbeiter stellt, sondern den Dingen wie 1933 oder 1968 ihren fröhlichen Lauf lässt.

Auf wessen Seite die zivilcouragierte Berliner Presse steht, dürfte klar sein. Im Übrigen tat Baberowskis dieser Plage keine Erwähnung, er hatte nur mit Nachdruck erklärt, dass Deutschland bemerkenswert zivilisiert, friedlich und un Rassistisch auf die sogenannte Flüchtlingskrise – also die anscheinend auf Permanenz gestellte Aufnahme bzw. eben doch: das Eindringen Fremder in Großstadtstärke, allein in diesem Jahr immerhin eine Million – reagiere und er die im Schwange befindlichen Selbstanklagen wegen Rassismus, Diskriminierung usw. unangebracht finde. Dass es bei einer Landnahme in solcher Größenordnung hin und wieder zu Anschlägen kommt, gestatte ich mir hinzuzufügen, ist ja kaum verwunderlich, wenn auch nicht zu rechtfertigen. Der Asylkompromiss 1993 wurde wegen einer nicht mal halb so großen Zahl von Asylbewerbern geschlossen.

Warum aber, die Frage sei gestellt, lärmten und demonstrieren diese Esel und dazu auch viele achtbare Bürger eigentlich nicht vor Grünen- oder CDU-Büros statt vor Asylheimen? Ich meine: gar nicht mal wie unsere Antifanten vor AfD-Büros „demonstrieren“, also mit Steinen, Brandsätzen und, wie man sagt, massiver oder auch mafiöser Einschüchterung von Vermietern; Frauke Petry, liest man in der Presse, findet in Leipzig keine Wohnung, weil die Vermieter Angst haben, die rote SA werde ihre Häuser attackieren und gewohnt folgenfrei sachbeschädigen (also Letzteres liest man eher nicht in der Presse). Nein – die reine Präsenz würde genügen. Speziell für

unsere rot-grünen Planetenveredler wäre es eine vollkommen neue und entschieden lehrhafte Erfahrung, dass gegen sie demonstriert wird. Was Deutschland heute braucht, ist, analog zum „Kampf gegen rechts“, ein Kampf gegen grün. Ein Kampf gegen die abgefeimte Mentalitätsherrschaft dieser moralisierenden Spitzbuben. Primär ist heute nicht die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört, sondern ob die Grünen zu Deutschland gehören (ich würde „dem“ Islam eine günstigere Prognose stellen). Gönnen wir den Volkstherapeuten einen Schluck ihrer eigenen Medizin. Klar würden sie sofort und routiniert das „Nazi!“-Gekeife anstimmen. Aber man erwischte diese Leute gleichwohl an ihrer wundesten Stelle: ihrer Feigheit.

(Im Original erschienen auf michael-klonovsky.de, gefunden auf steinhoefel.com)

Video: HC Strache spricht Klartext zur Asylflut

Der FPÖ-Chef HC Strache sprach am Montag bei einem Bürgerstammtisch im steirischen Grenzort Spielfeld über die Zuwanderungslawine, die so schnell wie möglich gestoppt werden müsse. „Rund um Syrien werden Aufnahmezentren geschaffen, dort sind die Kriegsflüchtlinge in Sicherheit. Diese Kriegsflüchtlinge, die dann nach Europa aufgebrochen sind, waren also bereits in Sicherheit. Keiner der Flüchtlinge hat einen Rechtsanspruch, nach Europa zu kommen“, sagte Strache. Es gebe kein Recht auf Zuwanderung, nur „das Recht auf Heimat“. Klartext zur Asylflut, den man gerne auch mal von einem deutschen Spitzenpolitiker so hören möchte.

Video: Achille Demagbo (AfD-Kiel) zur Asylkrise

Achille Demagbo, Sprecher des KV Kiel und Vorstand des [LV Schleswig-Holstein der AfD](#) und zuständig für Zuwanderungs- und Integrationspolitik, kam vor zehn Jahren aus dem afrikanischen Benin und ist von Beruf Sprachwissenschaftler und Konferenzdolmetscher. Er hielt am 14.12.2015 vor ca. 70 Teilnehmern in der Landesgeschäftsstelle der AfD einen hochinteressanten Vortrag zur aktuellen Asylkrise. Die Einleitung spricht Soeren Boigs, Schatzmeister des AfD KV Kiel, Demagbo beginnt ab ca. 7:00 min.

EU-Waffenverbotspläne sind Panikaktionen und haben nichts mit Anti-Terror-Kampf zu tun

Die „Interessensgemeinschaft für ein liberales Waffenrecht in Österreich“ (IWÖ) hat am 9.12.2015 eine Pressekonferenz zu den Entwaffnungsplänen der EU ([PI berichtete](#)) abgehalten. Darin kritisierte der FPÖ-Europaparlamentarier Harald Vilimsky [die Pläne scharf](#): „Die EU-Kommission versucht nun in einer Panikaktion Sportschützen und rechtschaffene Bürger, die legal

und aus legitimen Gründen Waffenbesitzer sind, zu kriminalisieren. Während unsere offenen Grenzen Terroristen dazu einladen, mit einem Rucksack voll illegaler Kalaschnikows und Handgranaten durch Europa zu touren, soll unbescholtenen Bürgern das Recht auf Waffenbesitz aus Gründen der Selbstverteidigung beschränkt werden“, so Vilimsky. Hier das Video der kompletten IWÖ-PK.



Österreich droht asylunwilligen Oststaaten

☒ Angesichts des eigenen Unwillens, sowohl in Deutschland als auch in Österreich den Invasionstsunami zu stoppen sollen, geht es nach dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ, kl. Foto), die sich dem Asylwahnsinn verweigernden osteuropäischen Staaten mit allen Mitteln dazu gezwungen werden, sich der Willkommensdiktatur zu unterwerfen. Zusätzlich zu den tagtäglich hereinströmenden Illegalen möchte das rote österreichische Merkel-Anhängsel 40.000, nein besser gleich 50.000 neue Sozialhilfeempfänger in die EU holen, ganz legal versteht sich. Da aber Staaten wie Ungarn und Tschechien nicht im Traum daran denken, diesen Irrsinn noch zu verschlimmern droht Faymann nun mit Änderungen im EU-Haushalt zulasten dieser Länder.

(Von L.S.Gabriel)

Bereits im Juni entschieden die EU-Staats- und Regierungschefs, in den kommenden zwei Jahren, im Zuge des Resettlement-Programmes (dauerhaften Umsiedlung!), 40.000 Illegale von der EU-Peripherie auf die EU-Mitgliedstaaten umzuverteilen und zum Teil direkt per Charterflug nach Europa zu holen ([PI berichtete](#)).

Die 28 Staats- und Regierungschefs der EUdSSR treffen sich heute in Brüssel, um über das weitere Vorgehen zu sprechen. Davor aber gab es schon eine Art Mini-Gipfel mit u.a. Schweden, Österreich und Deutschland, den am meisten betroffenen EU-Staaten. Auf besondere Einladung Faymanns nahm auch die Türkei daran teil.

Wer sich verweigere, der stelle die gesamte Finanzierung des EU-Haushalts in Frage, so Faymann. Wenn man es jetzt nicht schaffe „Ordnung in die Flüchtlingskrise zu bringen“, dann müssten „rechte Nationalisten“, die Hass und Vorurteile schürten, nur abwarten, bis sie Hochkonjunktur in Europa bekämen, zeigte er woher genau der Wind weht und wie groß die Angst der Proasyl-Politiker Europas vor dem Volk ist.

„Der mehrjährige Finanzrahmen von 2014 bis 2020 wird im kommenden Jahr überprüft. Da werden wir uns ganz genau ansehen, welche Länder sich in der Flüchtlingsfrage besonders unsolidarisch verhalten“, erklärte der kleine rote Mann mit großen Worten im Interview mit [der Welt](#).

Der Rückendeckung Merkels kann er sich dabei wohl sicher sein, pocht doch die Kanzlerin auf die Umverteilung von 160.000 ihrer Gäste auf andere Staaten.

Tschechiens Europa-Staatssekretär Tomas [Prouza twitterte](#) auf die Aussagen Faymanns: „Ich bin erstaunt, dass wir noch immer Dinge ohne juristische Basis besprechen“, so könne man nicht mit Nachbarn und deren „legitimen Sorgen“ umgehen.

Bei dem zweitägigen Gipfel in Brüssel geht es auch um die Durchsetzung eines [gemeinsamen EU-Außengrenzschutzes](#), der

unabhängig von den Mitgliedsstaaten schalten und walten können solle. Und es geht darum wie viel Schutzgeld an die Türkei bezahlt werden soll. Auch da sind sich Faymann und Merkel einig, diesen Pakt mit dem Teufel schließen zu wollen.



ZDF-Lügen-Kleber versteht die Welt nicht mehr

Unzählige Male haben wir die tendenziöse bis falsche und zum Teil auch verhetzende Berichterstattung des ZDF angeprangert. Claus Kleber, ZDF-Anchorman Märchenerzähler und [erste Heulsuse des Mainzelmännchen-Senders](#), versteht in einem mehr schlecht als recht vom Teleprompter abgelesenen Statement im Heute-Journal vom Montag gar nicht, wieso immer weniger Bürger seinen bunten Geschichten über Linksgut und Rechtsböse noch glauben. Offenbar gibt es eine Dunkelziffer von Menschen, die gar nicht einmal „Lügenpresse“ rufen, ihm seine Journalgeschichten aber auch nicht abnehmen. Dabei kann er doch „glaubhaft“ versichern, wirklich ganz ehrlich, sich nie und nimmer mit irgendjemandem in Berlin abgesprochen zu haben. In Anbetracht der Tatsache, dass Claus Kleber Mitglied der „Atlantik-Brücke“ ist, wo den Presstituierten von Lobbyisten und Politikern die Welt so erklärt wird, wie sie darüber zu berichten haben, ist dieses jämmerliche Gequake eigentlich nur noch zum Fremdschämen. (lsg)



Milde Strafe für pädophilen Piraten-Politiker



„Freie Fahrt fürs Internet“ – so lautete die Parole zu den besten Zeiten der Piratenpartei. „Freie Fahrt für Kinderpornos“ – das war wohl die dahinter steckende Intention des Wiesbadener Abgeordneten Michael Göttenauer (Foto). Vor Gericht wurde er am Mittwoch [für seine perversen Taten verurteilt](#). Im Gegensatz zum Fall des SPD-Politikers Sebastian Edathy hatten die Richter in diesem Fall keine Zweifel an der pädophilen Neigung und der Schuld des Angeklagten.

Göttenauer schmiedete als Abgeordneter im Stadtrat einen gemeinsamen Block mit den Linken – jener Partei also, in deren Reihen nicht Pädophilie, sondern [die Kritik an dieser Neigung für eine Straftat](#) gehalten wird. Der Politiker hatte zwei minderjährige Mädchen angesprochen, ihnen auf seinem Handy ein

Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB gestellt, da dieser als Vorsitzender des MFI-Kuratoriums den Bau des Islamzentrums des verfassungsschutzbekannten Imams Idriz (r.) in München massiv fördert. Die Staatsanwaltschaft reagierte unerwartet schnell und schickte bereits nach knapp drei Wochen die Mitteilung über die Nicht-Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens. Die „beabsichtigte Gründung eines islamischen Kulturzentrums“ stelle „keine Straftat“ dar. Es zeigt sich, dass die Justiz den Islam noch nicht als das identifiziert hat, was er wirklich ist.

(Von Michael Stürzenberger)

Wenn der Islam eine Partei oder ein Verein wäre, dann wäre er angesichts seiner extrem verfassungsfeindlichen Satzung Koran innerhalb von 24 Stunden verboten. Aber der Schutz durch das vermeintliche Etikett „Religion“ verhindert den juristischen Zugriff. Noch. Die kurze Mitteilung der Staatsanwaltschaft:

Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wird gemäß §152 Abs 2 StPO abgesehen.

Gründe:

Es fehlt an dem für die Strafverfolgung zwingend erforderlichen Strafantrag.

Die beabsichtigte Gründung eines islamischen Kulturzentrums stellt keine Straftat dar.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Schütz

Staatsanwalt als Gruppenleiter

Michael Mannheimer [kommentiert dazu](#):

Jede andere Entscheidung hätte zu einem politischen Erdbeben nicht nur in Deutschland, sondern auch im Rest Europas

geführt: Hätte die Staatsanwaltschaft München gegen Ude wegen des Verdachts auf Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ermittelt, weil er im Kuratorium an entscheidender Stelle für den Bau eines der größten Islamzentren Europas arbeitet, hätte sie – noch undenkbarer – gar ein Strafverfahren gegen Ude eingeleitet: Die von der Politik gezielt durchgeführte Islamisierung Deutschlands wäre plötzlich genauso in Frage gestellt wie die geplante Anerkennung des Islam als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Bislang wurden alle Anzeigen, ob von juristischen Einzelpersonen oder von Organisationen – bezüglich des Verbots des Islam bzw. dessen Einstufung als terroristische Vereinigung – von der Justiz elegant umgangen. Dies trägt erkennbar den Charakter der massiven Beeinflussung der Justiz durch die Politik. Undenkbar – noch – erscheint ein solcher Schritt, unkalkulierbar scheinen – noch – die europäischen und weltweiten politischen Auswirkungen einer eventuellen Verbotseinleitung gegen den Islam.

Der alte Mann und der Islam – so könnte man die Posse um den Sozi Christian Karl Albert Ude beschreiben. Dessen Vater Karl war Fan der National-Sozialisten und feierte deren Bücherverbrennung auf dem Münchner Königsplatz [als „Fest“](#). Wie der Vater, so der Sohne: Ganz in der Tradition der national-sozialistischen Allianz mit dem Islam fördert auch der Ex-OB diese totalitäre Ideologie im Mäntelchen einer „Religion“ nach Kräften. Im Münchner Merkur wurde gestern die die Allianz des International-Sozialisten mit dem verfassungsschutzbekanntem Imam umfassend dargestellt:

Spender-Name erst bei Zahlung

Münchner Forum für Islam (MFI) will den Namen der möglichen Spender für seinen neuen Moschee-Bau nicht bekannt geben, erst, wenn das Geld tatsächlich eingetroffen ist. Die Stadtverwaltung hat sich um einen Namen handeln, Kuratoriums-Chef Christian Ude vehement

VON RIEBER

Seine langjährige Erfahrung als Münchens Oberbürgermeister ist Ude bei Verhandlungen vorsichtig gegenüber. Er weiß, dass nicht jede zugesagte Spende auch tatsächlich eintreffen muss. „In meiner Amtszeit sind oft genug Millionen für Stadien, Tunnel oder andere Projekte in Aussicht gestellt worden, die dann nie angenommen sind.“ Auch der jüngere Imam Benjamin Idriz findet, „dass es keinen Zweck hat, über eine Person zu schreiben, die noch nichts über sich hat.“ Die jüngsten kommen aus CSU-Kreisen



Gemeinsame Ziele: Imam Benjamin Idriz (l.) mit Christian Ude, Kuratoriums-Chef im Münchner Forum für Islam.

Die Identität des Gönners aus Saudi-Arabien solle erst nach der Überweisung des öligen Geldes bekanntgegeben werden. Der Mohammedaner aus dem Mutterland der verfassungsfeindlichen terror-unterstützenden Ideologie müsse dann folgende windelweiche Erklärung unterschreiben:



Was für eine Farce! Die „Barmherzigkeit, Toleranz und Mäßigung“ der islamischen „Wertvorstellungen“ kennt die Welt seit 1400 Jahren: 57 grausam eroberte Länder mit der Bilanz von 270 Millionen ermordeten Menschen.

Der „Dialog“ besteht im Lügen, solange Moslems in Minderheit sind und wird ab dem Zeitpunkt mit dem Schwert geführt, sobald sie sich in der Mehrheit befinden. Dann ist es auch mit der „Achtung vor den Grundsätzen der Verfassung“ vorbei, denn dann löst die Scharia die von Menschen gemachten Gesetze ab:

„Ihr seid die beste Gemeinde, die für die Menschen entstand. Ihr gebietet das, was Rechtens ist, und ihr verbietet das Unrecht, und ihr glaubt an Allah.“ (Sure 3, Vers 110)

Der Islam sieht sich als die einzig wahre Religion, für die es nur die weltliche Alleinherrschaft geben kann:

„Er ist es, Der Seinen Gesandten mit der Führung und der wahren Religion geschickt hat, auf daß Er sie über alle anderen Religionen siegen lasse.“ (Sure 9, Vers 30)

Dies wird in der Realität auch konsequent umgesetzt: Die „Kairoer Erklärung für Menschenrechte“ aller islamischen Staaten beweist, die umfassend der Scharia folgt. Allah hat bei moslemischen Mehrheitsverhältnissen Vorfahrt und dann heißt es Grundgesetz adé.

„Frieden“ gibt es im Islam erst dann, wenn sich alle Menschen dem Islam unterworfen haben, entweder durch Beitritt oder dem Akzeptieren der minderwertigen Stellung als Dhimmi:

„Bekämpft diejenigen der Schriftbesitzer, welche nicht an Allah und den jüngsten Tag glauben und die das nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben, und sich nicht zur wahren Religion bekennen, so lange, bis sie ihren Tribut in Demut entrichten und sich unterwerfen.“ (Sure 9, Vers 29)

Es ist auch ungeheuer „beruhigend“, dass sich der saudische Finanzier damit einverstanden erklären soll, dass in der geplanten Moslem-Kaserne über den Islam „kompetent informiert und aufgeklärt“ wird. Der „Schutz des Lebens“ für Nicht-Moslems sieht so aus:

„Tötet die Ungläubigen, wo immer Ihr sie findet“ (Sure 2, Vers 191)

Der „Schutz des Eigentums“ bedeutet für Nicht-Moslems ebenfalls das absolute Gegenteil, denn sie dürfen von Moslems beraubt werden:

*„Allah hat euch viel Beute verheißen, die ihr machen werdet“
(Sure 48, Vers 20)*

Im Islam gibt es auch keinesfalls eine „Gleichheit“ der Menschen, denn die Ungläubigen sind absolut minderwertig:

„Wahrlich, schlimmer als das Vieh sind bei Allah jene, die ungläubig sind und nicht glauben werden“ (Sure 8, Vers 55)

Daher wurde auch der saudische Blogger Raif Badawi zu 10 Jahren Gefängnis und 1000 Peitschenhieben verurteilt, als er in einem Artikel schrieb, für ihn seien Juden, Christen und Moslems gleichwertige Menschen. Geradezu grotesk auch diese Formulierung in der Erklärung für den Stifter:

„...die islamischen und menschlichen Wissenschaften entsprechend den methodischen Grundsätzen des Korans und der Tradition des Propheten gelehrt werden.“

Auf die „methodischen Grundsätze“ des Koran aus der Idrizschen Pinocchio-Perspektive sind wir alle schon sehr gespannt. Wir kennen bisher den methodischen Dreiklang:

„Unterwerfen, bekämpfen und töten“

Und was die „Tradition des Propheten“ anbelangt: Die haben wir in diesem Jahr schon zwei Mal in Paris erlebt: Töten von Spöttern (Charlie Hebdo) und Massenexekution von Ungläubigen. Mehr davon wollen wir eigentlich in Europa nicht mehr erleben müssen. Merkur-Redakteur Felix Müller schluckt in seinem Kommentar all diese dreisten Verdrehungen von Imam Idriz ohne jeglichen Einwand, räumt aber zumindest ein, dass es auch „viele Kritiker“ des Projektes gibt:

Seit Jahren gibt es in der Stadt viele Befürworter und viele Kritiker einer Groß-Moschee. Erst jetzt, da das Projekt schnell konkret werden könnte, nimmt die Debatte Fahrt auf.

Die Politik trägt daran eine Mitschuld.

Die Debatte nimmt momentan wirklich Fahrt auf, denn die beiden CSU-Politiker Singhammer und Uhl haben in einer [gemeinsamen Presse-Erklärung](#) Transparenz bei der Finanzierung des MFI und die Veröffentlichung der Identität des saudischen Finanziers gefordert. In den Augen Müllers aber hätten sich die beiden mit ihren völlig berechtigten Einwänden „im Ton vergriffen“. Dies verdeutlicht die große Angst des politisch korrekten Journalisten, deutliche Kritik am Islam und an diesem Bauprojekt zu üben. Möglicherweise hat die Merkur-Redaktion auch keine große Lust auf einen Besuch aufgebrauchter Mohammedaner à la Charlie Hebdo. Also verpackt Müller die Vorbehalte äußerst zurückhaltend:

Prominente CSU-Männer mögen sich nun im Ton vergriffen haben. Trotzdem ist es wichtig, dass sie dem Unbehagen an dem Projekt endlich eine Stimme geben. Die Moschee wird von vielen konservativen Mahnern kritisch gesehen – das sollte sich im demokratischen Spektrum abbilden. CSU und SPD haben das immer gescheut.

Damit unterstellt Müller indirekt, das sich das Bürgerbegehren der Freiheit im „undemokratischen“ Spektrum abspielt. Ein Schlag ins Gesicht der 65.102 Bürger, die es unterschrieben haben, und einer zutiefst demokratischen Partei, deren zentrale Forderung die Demokratie nach Schweizer Vorbild mit Volksabstimmungen ist. Müller sollte das Grundgesetz aufmerksam lesen, denn dort steht in Artikel 20 Absatz 2:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (..) ausgeübt“

Weiter im Kommentar des Merkur-Mannes:

Mancher mag gehofft haben, Idriz bekomme nur viele warme Worte, aber nie genug Geld zusammen. Doch nicht nur Kritiker

agierten zu ängstlich. Auch Befürworter schufen die Atmosphäre einer seltsamen Debatte ohne Gegensätze. Es entstand der Eindruck, wer das Projekt ablehne, agiere gegen die Religionsfreiheit. Das war immer Unfug. Es ging nie um die Frage, ob Muslime eine Moschee bauen dürfen oder nicht, sondern darum, ob und wie die Stadt das aktiv, etwa mit dem Verkauf eines städtischen Grundstücks, unterstützen solle.

Mittlerweile ist aus dem Munde der stellvertretenden Vorsitzenden des „Münchner Forums für den Islam“ (MFI), Gönül Yerli, durchgesickert, dass die Stadt sogar den laufenden Unterhalt des Kindergartens, des Museums und der Bibliothek übernehmen wolle. Die Sicht Müllers wie auch der gesamten Münchner Presse auf Imam Idriz ist trotz all der bekannten Fakten um seine extremistische Vergangenheit und seine brandgefährlichen Kontakte weiterhin absolut wohlwollend:

Dafür muss man hinter einem Konzept stehen. Und Idriz die Unterstützung zu entsagen, wäre in vielen Fällen tatsächlich sogar zynisch gewesen. Wer laut nach Muslimen ruft, die das Grundgesetz leben, der muss auch jene stützen, die das tun wollen.

Idriz hat im Mai 2013 die Forderung der bayerischen Aleviten auf Scharia-Verzicht rundweg abgelehnt und damit klargemacht, dass er auf dieses barbarische islamische Rechtssystem keinesfalls verzichten will. Dieser Dauer-Lügner wird von deutschen Politikern, Kirchenfunktionären und Medien in völlig unverantwortlicher Weise hofiert.

Vor einigen Jahren war dies noch anders: 2010, als der Verfassungsschutz noch nicht wegen deutscher Finanz-Interessen in Zusammenhang mit dem Staat Katar zurückgepfiffen wurde, bezeichnete der bayerische Innenminister Imam Idriz als mögliches „trojanisches Pferd“ von Extremisten und stellte „eine hohe Naivität“ im Umgang mit dem Imam fest, bei dem der Verfassungsschutz damals sogar Verbindungen mit einer

[bosnischen Terrorgruppe](#) vermutete. Der Focus deckte das [Waffen-SS-Vorbild](#) von Idriz auf und ARD-Report München enttarnete ihn [als Titelschwindler](#). Aber momentan ist gleichgeschaltete Unterstützung angesagt. Journalisten wie Müller aber sehen in der Kaserne von Idriz die langfristig letzte Chance auf die Installierung eines vermeintlich „moderaten“ Islams in München:

Die große Chance des Projektes ist, dass in Bayerns Hauptstadt nicht wie andernorts eine Groß-Moschee stünde, die von Ankara aus organisiert wird. Sondern ein Islamzentrum, das schon durch sein Kuratorium mit Alt-OB, Atheisten, Juden ins westliche München integriert ist. Doch die Konstellation birgt auch Risiken: Keiner weiß, wieviele Muslime Idriz folgen wollen. Sein Verhältnis etwa zu den großen türkischen Gemeinden gilt als schwierig. Trotzdem sollte eines klar sein: Scheitert der Versuch, dürfte in München sehr lange nichts ähnliches mehr versucht werden.

Aus der verengten Sicht des Merkur-Redakteurs ist wohl der Einäugige unter den Blinden König. Aber Imam Idriz ist genauso fundamental wie seine türkischen Kollegen von der DITIB. Unvergessen, wie Idriz im Juli 2013 bei einer Großdemo für Erdogan zusammen mit DITIB-Vertretern und Grauen Wölfen [durch München spazierte](#):



Müller ist ein typisches Beispiel von vielen unkritischen Islam-Hofberichterstatern der Mainstream-Presse. Er kann sich aber nicht herausreden, nichts zu wissen: Ich habe ihm bei der Gerichtsverhandlung zum Bürgerbegehren ein Dossier über den Islamischen Staat in die Hand gedrückt, bei dem der untrennbare Zusammenhang zwischen [Islam und Terror](#) anhand vieler fürchterlicher Bilder und der entsprechenden Koranbefehle geradezu ins Auge springen musste. Aber er ignoriert das einfach und versucht seinen Lesern weiszumachen, dass der Bau dieses Islamzentrums positiv sei:

Wenn der Öffentlichkeit nun tatsächlich ein erster unbedenklicher Großspender präsentiert werden sollte, ist das eine gute Nachricht. Die Finanzierung ist damit aber noch lange nicht gesichert und die Debatte nicht zu Ende.

Damit kann er Recht haben. Entweder wird das Bürgerbegehren in der Berufungsverhandlung für Rechtens erklärt oder es beginnt einfach ein Neues. Die Münchner werden bei der Entscheidung über dieses Skandalprojekt mibestimmen, und nicht nur die in einem Boot sitzende Clique aus Stadtratspolitikern, Journalisten und Kirchenfunktionären, so dass der heiße Tanz

im kommenden Jahr wohl erst so richtig losgeht:

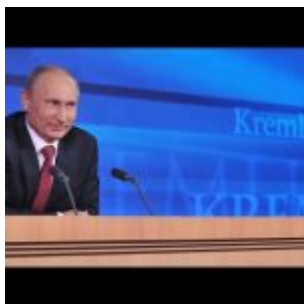
Sie würde wohl erst so richtig beginnen. Und könnte, wenn 2016 der Herrscher eines umstrittenen Staates die entscheidende Spende geben sollte, sogar noch beendet werden – indem das Rathaus doch den Daumen senkt.

Oder indem die Münchner Bürger den Daumen senken, denn auf Dauer lassen sich die Menschen nicht hinters Licht führen. Auch wenn die Medienmaschinerie rund um den Skandal-Imam auf Hochtouren läuft: Heute Morgen erst brachte das ARD/ZDF-Morgenmagazin auch ein Live-Interview mit ihm, da er gerade so etwas wie einen Islam-Knigge für die uns flutenden Moslem-„Flüchtlinge“ in Broschürform veröffentlicht hat. Die Kollaboration mit einer tödlichen Ideologie nimmt schon fast suizidäre Züge an. Dazu in Kürze mehr.

Kontakt zum Merkur-Redakteur Felix Müller:

» felix.mueller@merkur.de

(Fotocredit: Metropolitico)



LIVE: Putin stellt sich

Fragen der Weltpresse

(Gefunden auf [Quotenqueen](#))



München finanziert Linksterror mit Steuergeld



Nur vier Tage, nachdem in Leipzig ein linksextremer Mob [die Innenstadt terrorisierte](#), stimmt die einstmals konservative CSU in München für die Finanzierung einer Extremisteneinrichtung, die der Innenminister der selben Partei beobachten lässt. Das sogenannte „Kafe Marat“ (Foto r.) steht nicht selten im Zentrum von gewaltsamen Kampagnen. In der Opposition hatte die CSU sich (fast) immer gegen die Finanzierung des Linksextremistentreffs gestellt. (Fortsetzung auf

metropolitico.org)

» CSU-München, Tel.: 089/1215370, muenchen@csu-bayern.de



JF-Broschüre: Die Asyl-Krise (Teil 2)



Die rechtskonservative Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ hat eine faktenreiche Broschüre „Die Asyl-Krise – Die Wahrheit über das Asyl-Chaos und was wir dagegen tun können“ herausgegeben. Sie kann kostenlos zum Verteilen [hier angefordert](#) und [hier runtergeladen](#) werden. Wir veröffentlichen die Broschüre in den nächsten Tagen in mehreren Teilen. Heute: Teil 2.

Der Preis der willkürlichen Einwanderung, „Willkommenskultur“ genannt

„Wir schaffen das!“ heißt im Klartext: Politik, Kirchen, Sozialindustrie und Einwanderungslobby spielen den Wohltäter auf Kosten anderer und überbieten sich mit moralischer

Erpressung. Der Preis der „Willkommenskultur“ ist hoch – und bezahlen müssen dafür die ganz normalen Leute, nicht Angela Merkel, Claudia Roth, Sandra Maischberger, Til Schweiger und andere selbsternannte Experten und Promis:

- Es ist unser Geld, das mit immer höheren Abgaben, Steuern und Schulden zur Finanzierung der „Willkommenskultur“ eingetrieben wird. Ein „Flüchtlings-Soli“ ist in Planung.
- Es sind unsere Wohnungen, deren Preise durch die Decke gehen, die für andere gebaut oder demnächst sogar beschlagnahmt werden.
- Es sind unsere Einkommen, die gedrückt werden, weil Millionen geringqualifizierte Einwanderer mit den unteren Einkommensgruppen konkurrieren – und nicht mit Konzernchefs, Politikern und Professoren.
- Es sind unsere Kinder, deren marode Schulen nicht saniert werden, die im Unterricht zurückstecken müssen und deren Sporthallen als Notunterkünfte dauerbelegt werden.
- Es ist unsere Sicherheit, die auf der Strecke bleibt, wenn laut BKA die von Asylbewerbern begangenen Straftaten in den letzten drei Jahren drastisch angestiegen sind und Asylanten häufiger an Straftaten beteiligt sind als der Rest der Bevölkerung, wenn Kriminalität aus politischer Korrektheit verharmlost und vertuscht wird, wenn in Asylunterkünften bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen.
- Es ist unsere Zukunft und die der kommenden Generationen, die in einem zunehmend islamisierten Deutschland auf dem Spiel steht. Deutschland importiert fremde Konflikte und Fanatiker, ohne auch nur hinzuschauen. Die Zeitbombe tickt.

* Auswertung des Bundeskriminalamts, Rheinische Post, 25.07.15

Das Faltblatt klärt nicht nur über das Asyl-Chaos auf, es zeigt auch, wie wir wieder aus dem Schlammassel herauskommen, in das uns die Bundesregierung gestürzt hat. Mit diesen sieben

Maßnahmen ziehen wir gemeinsam die Asyl-Notbremse:

1. Rede an die Nation mit offizieller Erklärung durch die Bundeskanzlerin, daß Deutschland keine weiteren Asylbewerber mehr aufnehmen kann.

2. Ausrufung des Katastrophenfalls und Einsatz von Bundeswehr und Zivilschutz zur Wiederherstellung der Kontrolle über die Staatsgrenzen.

3. Schließung der deutschen Staatsgrenze für Ausländer ohne Einreiseerlaubnis nach geltendem Recht – notfalls mit Grenzzäunen. Sicherung der europäischen Außengrenzen und Wiederherstellung des Dublin-Systems.

4. Nothilfe – Unterstützung der Grenz- und Anrainerstaaten bei der Sperrung der Schleuserouten und bei der Rückführung noch auf dem Weg befindlicher illegaler Einwanderer.

5. Sofortiger Ausbau der humanitären Hilfe für Kriegsflüchtlinge in den Krisenstaaten.

6. Ausnahmslose Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ohne Vorankündigung. Entscheidungen über Asylanträge im Eilverfahren in Transitzone an der deutschen Staatsgrenze.

7. Abbau von Anreizen zum Mißbrauch unseres Sozialsystems durch Beschränkung von Familiennachzug und Geldleistungen für Asylbewerber, Aufhebung des Arbeitsverbotes und Pflicht zu gemeinnütziger Arbeit.

Grundgesetzänderung zur Verschärfung des Asylrechts: Einfachgesetzliche Regelung wie in den meisten europäischen Staaten statt individuellen Grundrechtsanspruchs auf Asyl.

» Hier geht es zu Teil 1: [Die „Flüchtlings“-Lüge und „Deutschland – Einwanderungsland?“](#)